

Ökonomische Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind in der Bundesrepublik Deutschland immer ein Thema. Mit der Diskussion der SPD-Spitzenpolitiker über die Gerechtigkeit der Hartz-Reformen und mit der Diskussion innerhalb der Regierung über Mindestlöhne gehört diese Thematik sogar zu den großen politischen Themen im Herbst 2007. Und im nächsten Jahr wird der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sicherlich auch wieder Zündstoff bergen.

In den Jahrzehnten zwischen 1960 und dem Jahrtausendwechsel galt, dass die Ungleichheit der Einkommen in Westdeutschland und in Ostdeutschland – dort sowohl vor wie nach der Wende – im internationalen Vergleich deutlich unterdurchschnittlich war. Die Haushaltseinkommen waren – egal wie man sie genau gemessen hat – vergleichsweise wenig ungleich verteilt und die Armutsrisikoquote niedrig. Deutliche Veränderungen gibt es erst seit dem Jahrtausendwechsel. Die Erhebungen des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) zeigen bis zum Kalenderjahr 2005 eine steigende Ungleichheit der Haushaltseinkommen. Seit SOEP-Daten vorliegen (1985) wurde niemals eine so hohe Armutsrisikoquote gemessen: 18% der Bevölkerung in Westdeutschland war von Armut bedroht. In Ostdeutschland lag dieses Risiko im Jahr 1991 bei 23%, und nach einem zwischenzeitlichen Rückgang auf 13% (1997) liegt es nun bei 24%. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit, wie sie bis zur Jahresmitte 2006 in ganz Deutschland herrschte, ist diese Entwicklung nicht überraschend. Die eigentlich spannende Frage ist, ob und wie weit Ungleichheit und Armutsrisiko im derzeitigen Aufschwung wieder zurückgehen, wie das bislang immer der Fall war. Zuletzt war dies Ende



**Gert G. Wagner**

## Ungleichheit

der 90er Jahre, den ersten „Schröder-Jahren“, zu beobachten, als in Westdeutschland das Armutsrisiko auf 12% sank – auch im Einheits-Boom war es kaum niedriger. Eine Antwort auf die Frage zur jüngsten Entwicklung ist noch nicht möglich, da die Erhebung und Aufbereitung von Einkommen lange dauert. Zuverlässige Ergebnisse über die Wirkungen des derzeitigen Aufschwungs liegen noch nicht vor.

Es gibt Hinweise, dass der Aufschwung schwächer wirken wird als in der Vergangenheit. Zwar führen die Statistiken, die einen Rückgang des Nettolohns in den letzten 20 Jahren anzeigen, gründlich in die Irre, da es angesichts steigender Teilzeitquoten nicht verwunderlich ist, wenn das Durchschnittseinkommen sinkt. Aber es ist eine offene Frage, inwieweit das Zusammenfließen von niedrigem Erwerbseinkommen in einem Haushalt derzeit und im weiteren Aufschwung die Ungleichheit der Haushaltseinkommen und die Einkommensarmut (die ebenfalls nur auf der Haushaltsebene sinnvoll messbar ist) reduzieren wird. Offen ist ebenfalls, ob auch im Aufschwung Teilzeitbeschäftigung, neue Selbstständigkeit und insbesondere geringfügige Beschäftigung zunehmend zum Phänomen der „Working Poor“ und somit zu

einem nur geringen Rückgang der Ungleichheit und Armut führen wird. Zwar gilt, dass ein Job besser ist als Arbeitslosengeld und Sozialgeld („Hartz IV“); aber schlecht bezahlte Jobs und ganz niedrige Stundenlöhne könnten nur geringe armutsreduzierende Effekte haben. Ob das wirklich so ist, ist eine Frage, die nur empirisch mit Hilfe von statistischen Erhebungen beantwortbar ist. Diese brauchen aber ihre Zeit, da Daten zu Haushaltseinkommen mit Sorgfalt erhoben und aufbereitet werden müssen.

Zwar liegt die ökonomische Ungleichheit in Deutschland selbst nach dem Anstieg in den letzten Jahren noch immer im Mittelfeld der OECD, aber explodierende Spitzeneinkommen und ein immer flexiblerer Arbeitsmarkt können dies unter Umständen ändern. Eine heftige Diskussion ist dann unvermeidbar. So zeigen erstmals vom DIW Berlin durchgeführte Detail-Auswertungen der Einkommensteuer-Statistik, dass bereits in den 90er Jahren an der absoluten Spitze der Einkommen eine schier unglaubliche Erhöhung stattgefunden hat. Die Debatte in der SPD-Spitze und innerhalb der Regierung ist nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite beklagen dieselben Protagonisten, die teilweise jahrzehntelang eine Flexibilisierung des „Flächentarifvertrags“ gefordert haben, jetzt, nachdem der Flächentarifvertrag faktisch abgeschafft ist, dass die Lokomotivführer die Allgemeinheit erpressen. „Flexible Verhältnisse“ führen unvermeidbar zu Gerechtigkeitsdebatten. Die alte „Deutschland AG“, die geringe Ungleichheit mit einer eindrucksvoll hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit verbunden hat, war so schlecht vielleicht nicht.

*Gert G. Wagner ist Lehrstuhlinhaber für Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin und Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).*